

KOMMENTAR

Entscheidung muss fallen

Gebäudesanierung: Letzte Chance für steuerliche Förderung

Von Lothar Semper

Am 12. Dezember ist für den Vermittlungsausschuss wohl die letzte Gelegenheit, beim Thema „steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung“ Flagge zu zeigen. Bisher wurde stets nur vertagt und damit ein Trauerspiel politischer Untätigkeit abgegeben, weil ein hochaktuelles Sachthema völlig unnötigerweise bereits in den Bundestagswahlkampf 2013 hineingebracht wurde. Worum geht es: Bereits im Juni 2011 wurde der Gesetzentwurf im Bundestag eingebracht. Sein Inhalt: Die Aufwendungen für entsprechende Maßnahmen können im Falle einer Einkunftsart im Rahmen der jeweiligen Einkunftsart abgeschrieben werden. Steuerpflichtige, die das Objekt selbst nutzen, können die Aufwendungen wie Sonderausgaben in gleicher Weise geltend machen. Nun bedeuten Steuerabzugsmöglichkeiten natürlich zunächst für die Gebietskörperschaften Mindererträge. Die Betonung liegt aber auf zunächst. Denn aus anderen Förderprogrammen ist bekannt, dass derartige steuerliche Maßnahmen erhebliche Multiplikatoreffekte auslösen.

„Pro Euro Steuerermäßigung werden bis zu zwölf Euro investiert.“

Pro Euro Steuerermäßigung folgen bis zu zwölf Euro, die investiert werden. Damit finanzieren sich solche steuerlichen Fördermaßnahmen mehr als selber – alleine schon über zusätzliche Einnahmen aus der Mehrwertsteuer. Doch für Sachargumente war bei diesem Thema kaum Platz. Wenn Bundesumweltminister Altmaier anlässlich des Weltklimagipfels in Doha Deutschland als Klimavorbild bezeichnete, so gilt dies bestimmt nicht für den Bereich der energetischen Gebäudesanierung. Eigentlich müsste jedem politisch Verantwortlichen bekannt sein, dass durch moderne Gebäudetechnik und fachgerechtes Sanieren teilweise bis zu 80 Prozent des Energiebedarfs eingespart werden können – mit entsprechenden positiven Auswirkungen auf den CO₂-Ausstoß.

Sanieren teilweise bis zu 80 Prozent des Energiebedarfs eingespart werden können – mit entsprechenden positiven Auswirkungen auf den CO₂-Ausstoß.

Doch beim Thema Energiewende herrscht mittlerweile eher Chaos als dass man noch planmäßiges Vorgehen erkennen könnte. Die Kosten drohen vollkommen aus dem Ruder zu laufen. Und diese Kosten haben vor allem der gewerbliche Mittelstand und die Verbraucher zu zahlen. Industrielle Großabnehmer werden großzügig entlastet. Noch ist der Schock über die steigende EEG-Abgabe und Netzentgelte nicht einmal verdaut, zeichnen sich schon neue Belastungen ab. So soll es für Vielverbraucher Vergütungen geben, die ihren Stromverbrauch in Zeiten knappen Angebots zurückfahren. Ferner können Betreiber von Offshore-Windparks Risiken auf die Stromverbraucher abwälzen. Mit sozialer Marktwirtschaft, zu deren konstitutiven Elementen auch das Unternehmerrisiko gehört, hat dies nur wenig zu tun.

PRO & CONTRA

Kurzarbeiterregelung ausweiten?

Was tun, wenn die Konjunktur weiter an Kraft verliert

PRO In Europa werden Aufträge für Unternehmen immer rarer. Sparen ist angesagt. Die Folge: Staat, Geringverdiener und die verunsicherte Mittelschicht fahren zeitgleich ihren Konsum zurück. Es droht Käuferstreik, der Markt schrumpft. Zuerst bei unseren Nachbarn, dann bei uns.

CONTRA Die deutsche Wirtschaft tut sich zurzeit schwer – wie sollte es auch anders sein im Umfeld von Eurokrise und stotternder Nachfrage aus dem Rest der Welt? Am Arbeitsmarkt wird das nicht spurlos vorbeigehen, die Arbeitslosigkeit dürfte etwas ansteigen.



Mehrdad Payandeh ist Leiter der Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in Berlin. Foto: DGB



Ferdinand Fichtner ist Leiter der Konjunktur-Abteilung beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Foto: DIW

Krise bedeutet für Unternehmen weniger Umsatz und für Beschäftigte drohende Arbeitslosigkeit. Dagegen muss heute vorgesorgt werden. Im Krisenjahr 2009 wurde das Instrument Kurzarbeit eingesetzt, um die Beschäftigten im Betrieb zu halten. Das hat in vielerlei Hinsicht den Nährboden für den Aufschwung 2010/11 bereitet. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland stieg nur geringfügig, obwohl unsere Wirtschaft um fünf Prozent schrumpfte. Die Arbeit-

Aber: Mit der Rezession von 2009 ist die jetzige Situation nicht zu vergleichen; dafür gibt es bisher keine Indikatoren. Der Arbeitsmarkt ist in bester Verfassung und kann einen Rückgang der Beschäftigung gut verkraften. Die Unternehmen werden alles tun, um Entlassungen zu vermeiden: So leer geräumt wie der Arbeitsmarkt ist, müssten sie Sorge haben, nicht schnell an gute Leute zu kommen, wenn die Konjunktur ansteigt. Im Export spricht vieles da-

„Kurzarbeit mildert die Folgen der Krise.“

„Unternehmen wollen Entlassungen vermeiden.“

nehmer mussten nur geringe Einkommensverluste hinnehmen, folglich änderten die privaten Haushalte ihr Konsumverhalten nicht. Die Inlandsnachfrage wirkte stabilisierend. Zudem waren beim ersten Anzeichen einer Erholung die Beschäftigten da, um Aufträge zügig zu bearbeiten.

für, dass es ab der Jahreswende wieder aufwärtsgeht. In Schwellenländern brummt die Konjunktur schon wieder – entsprechend werden die deutschen Maschinenexporte bald wieder zulegen.

Was bleibt, ist eine vorübergehende Nachfrageschwäche, der Unternehmen mit Anpassung der Arbeitszeit und Abbau von Überstunden begegnen könnten. Mit dem Ruf nach einer Ausweitung der Kurzarbeit wird nur versucht, die Kosten der Nachfrageschwäche auf die Steuerzahler abzuwälzen, anstatt diese durch niedrigere Unternehmensgewinne und etwas schwächere Lohnentwicklung selbst zu tragen. Dabei wäre das ganz normale unternehmerische Risiko und kein Anlass für staatlichen Aktivismus.



DHZ/Natur: Harm Bengens/licensegarden

LEITARTIKEL

Deutschland in Arbeit

Der Arbeitsmarkt trotz bislang allen Krisen. Doch das dicke Ende der Euro-Krise kann noch kommen

Von Burkhard Riering

Es war ein langes Jahr mit zahllosen negativen Schlagzeilen. Die Euro-Krise hat uns weiter in Schach gehalten. Umso erstaunlicher sind diese Zahlen, die positiver kaum sein könnten: 42 Millionen Menschen sind zurzeit in Deutschland erwerbstätig, das ist ein bemerkenswerter Rekord. 29 Millionen davon haben einen Job, der sozialversicherungspflichtig ist. 2,75 Millionen Menschen waren zuletzt noch arbeitslos. Zu viele noch immer, ja, aber die Zahl ist so gut wie nicht mehr gestiegen.

„Vor allem im europäischen Vergleich wird deutlich, wie robust und widerstandsfähig Deutschland dasteht.“

Nur Pessimisten und Zweifler sehen das anders: Weil es im November 38.000 Erwerbslose mehr gab als im gleichen Monat des Vorjahres, wird gleich von „Jobabschwung“, einem „labilen Markt“ und einem „bevorstehenden Sturm“ gesprochen – diese Panikmache ist überzogen.

Vor allem im europäischen Vergleich wird deutlich, dass Deutschland robust und widerstandsfähig dasteht. Denn in fast allen Euro-Ländern zeigt sich, wie sehr die Jobs durch Rezession und Euro-Krise wegbrechen. Am schlimmsten ist es für die Jugend Spaniens und Griechenlands, die in ihren Ländern ohne Perspektiven sind. Nur Deutschland,

Luxemburg und Österreich haben die Jugendarbeitslosigkeit gut im Griff – übrigens just jene drei Staaten, in denen Kammern für die Ausbildung des Nachwuchses Sorge tragen.

In Deutschland hat die Wirtschaft vieles richtig gemacht. Die Industrie profitiert weiter von ihrer Technologieführerschaft und der guten Exportquote. Gleichzeitig haben die Menschen im Inland ihr verdientes Geld ausgegeben und somit auch einigen Branchen im Handwerk Auftrieb gegeben. Export-

niemand und will auch niemand erklären. Die Politik relativiert lieber im Nachhinein, als gleich Klartext zu sprechen. Weil Klartext Handlungen nach sich ziehen müsste. Und das will man nun doch nicht.

Das Jahr 2013 kann zudem durch Rezessionen in den Euro-Staaten schwieriger werden und die eine oder andere Branche hierzulande hart treffen. Allen voran über der Autoindustrie ziehen dunkle Wolken auf, die ihre Absätze in den vergangenen Jahren mit Abwrackprämien und Rabattschlachten immer weiter steigern konnte. Den Rückgang wird auch das angedockte Handwerk spüren.

Für größere Unternehmen könnte der Wachstumsrückgang bedeuten: wieder mehr Kurzarbeit. Dieses staatlich geförderte Mittel hat der deutschen Wirtschaft schon im Krisenjahr 2009 gute Dienste geleistet. Bislang liegt die Kurzarbeit aber in einem normalen Rahmen.

Hoffen wir, dass der Bund bei einem etwaigen nächsten Konjunkturabschwung in Deutschland noch genug Geld parat hat, um Kurzarbeit und Konjunkturprogramme zu finanzieren – und nicht alles an die EU und in andere Länder geflossen ist.

„Wir brauchen neue Arbeitsmodelle“

Hans-Jörg Bullinger, der langjährige Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, über das Leben in der Stadt der Zukunft

Interview: Jana Tashina Wörrle

DHZ: Herr Bullinger, Sie erforschen das Leben und Arbeiten in der Stadt der Zukunft. Wie sieht diese Stadt aus und wie kann sie Realität werden?

Hans-Jörg Bullinger: Ich nenne die Stadt der Zukunft „Morgenstadt“ und um sie zu erreichen, müssen wir sowohl unsere Energieversorgung, unsere Art und Weise mobil zu sein und unsere ganzen Lebens- und Arbeitskonzepte auf die Herausforderungen der Zukunft einstellen. Eine Stadt von morgen wird eine Stadt sein, die sich selbst über erneuerbare Energien versorgt. Unsere Häuser müssen zukünftig nicht nur energieneutral sein, sie müssen Energie im Überschuss erzeugen. So eine Stadt der Zukunft braucht aber auch andere Verkehrssysteme und dabei wird die Elektromobilität eine entscheidende Rolle spielen. Das sind alles konkrete Dinge, die wir schon heute haben und nur miteinander verzahnen müssen.

DHZ: Gerade bei der Elektromobilität gibt es aber viele Kritiker, die sagen, dass Forschung und Technik noch weit hinterherhinken?

Bullinger: Die Einführung der Elektroautos ist keine Frage an die Hersteller, sie hängt von der Politik ab. Wenn die Politik bestimmen würde, dass man in

die Innenstädte nur noch mit Elektroautos hineinkommt, würde sich schnell etwas ändern. Dazu kommt, dass wir als Kunden den Elektromotor vom Markt bisher nicht genügend gefordert haben. So hat die Industrie neue Mittelklassewagen mit geringem Verbrauch gebaut, statt alle Kraft in die Elektromobilität zu stecken. Eine bessere Chance hat die Elektromobilität dann, wenn man sie im Zusammenhang mit der Energieerzeugung sieht.

DHZ: Wie hängt das zusammen?

Bullinger: Wenn wir den Strom weiterhin im selben Mix erzeugen wie jetzt mit Kohle, Wasserkraft und Atomenergie, dann hätten wir beim Strom, den die Elektroautos verbrauchen, eine viel höhere Umweltbelastung als mit einem gut gefilterten Dieselfahrzeug. Wer Elektromobilität will, muss eine Antwort auf die Frage haben, wo in Zukunft der Strom herkommt.

DHZ: Ist die Energiewende die größte Herausforderung, vor der Deutschland gerade steht?

Bullinger: Die Energiewende ist ein Großprojekt, für das bislang noch die richtigen Zielvorgaben fehlen. Schon vor Fukushima haben wir eine Studie veröffentlicht, die belegt, dass Deutschland bis 2050 allein mit erneuerbaren Energien versorgt werden kann. Es ist möglich, aber der Umbau kostet. Noch



Hans-Jörg Bullinger, langjähriger Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, heute Vorstandsmitglied. Foto: Fraunhofer

bis etwa 2025 werden wird ordentlich dafür zahlen. Aber dann ist der Punkt erreicht, an dem sich die Investitionen anfangen zu lohnen. Genau das muss man den Bürgern aber erklären. Man muss die Bürger von den Betroffenen zu den Beteiligten machen.

DHZ: Wie kann Deutschland bei Energiethemen eine Vorreiterrolle behalten?

Bullinger: Deutschland muss sich weiter öffnen und konsequent an dem Thema dranbleiben. Wenn wir nur noch energieeffiziente Häuser hätten, wäre das nicht nur gut für die Umwelt. Es wäre auch ein riesiger Vorteil für die Wirtschaft und gerade das Handwerk könnte davon profitieren und seine Produkte und Leistungen ins Ausland verkaufen. Das geht bei Wärmepumpen los, über andere Haustechnik und alle energieeffizienten Produkte. Für einen solchen Export müssen aber die Rahmenbedingungen stimmen.

MEINUNG VON GERHARD HOFMANN

Kredite könnten teurer werden

Aber es gibt noch Hoffnung



Gerhard Hofmann, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken. Foto: BVR

Basel III ist ein zentraler Baustein der neuen Bankenregeln, die das Finanzsystem sicherer machen sollen. Banken müssen künftig mehr und besseres Eigenkapital vorhalten. Zusätzlich werden quantitative Vorgaben für die Liquiditätshaltung eingeführt.

Die Volks- und Raiffeisenbanken erfüllen als Finanzierer des deutschen Mittelstands die neuen Eigenkapitalanforderungen meist schon jetzt. Einen erschwerten Kreditzugang muss der Mittelstand nicht befürchten. Wenn die Pläne der EU-Kommission, auch den Mittelstandskredit von der Bank stärker mit Eigenkapital zu unterlegen, Realität würden, könnte der Mittelstandskredit allerdings teurer werden.

Ein gemeinsames Anliegen aller mittelständischen Wirtschaftsverbände ist es daher, solche zusätzlichen Belastungen für den Mittelstandskredit zu verhindern. Hierfür bieten die Risikogewichte einen Ansatzpunkt, die grundsätzlich die unterschiedlichen Risiken verschiedener Forderungen der Banken widerspiegeln sollen. Mit einer Absenkung des Risikogewichts für Mittelstandskredite oder der Einführung eines Ausgleichsfaktors könnte erreicht werden, dass Banken auch künftig mit Basel III für Mittelstandskredite nicht mehr Eigenkapital vorhalten müssen als heute. Dies würde auch den überschaubaren Risiken von Mittelstandskrediten besser entsprechen.

Wir begrüßen daher die Beschlussfassung des Wirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments, der diese Forderung aufgreift. Es kommt nun auf den Ausgang der so genannten Trilog-Verhandlungen zwischen EU-Parlament, Kommission und Europäischem Rat an, die derzeit noch laufen. Die bislang geplante Umsetzung zum 1. Januar 2013 ist unrealistisch, denn die Anpassung der internen Verfahren ist arbeits- und zeitaufwändig. Sinnvoll wäre es, den Banken nach Verabschiedung der Regelungen eine Umsetzungsfrist von einem Jahr zu gewähren.

DHZ: Wie ist die Konkurrenz aus Ländern wie China einzuschätzen?

Bullinger: Die Konkurrenz ist erdrückend groß. Aber wenn man schaut, wie gut wir aus der Krise kommen, muss man sagen, dass wir ja noch einen Vorsprung haben. Wir verstehen noch etwas von Produktionsprozessen und haben nicht alles aus dem Land gegeben. Dazu kommt, dass unsere Unternehmen nicht aufgehört haben zu forschen und Innovationen zu entwickeln.

DHZ: Die Wirtschaft steht zukünftig auch vor dem Problem des Fachkräftemangels. Wie müssen sich die Betriebe jetzt umstellen?

Bullinger: Der Fachkräftemangel wird oft nur im Zusammenhang mit den Akademikern diskutiert, aber das duale Ausbildungssystem steht genauso vor der Herausforderung. Die Gesellschaft braucht beide und so muss deutlicher werden, wo die Arbeitschancen sind. Wir brauchen neue Arbeitsmodelle und Lebenszeitentwürfe. Es müssen andere Pausen möglich sein, sowohl an einem Arbeitstag als auch innerhalb des Arbeitslebens. Und dabei geht es nicht nur darum, die Arbeitszeit zu verlängern, sondern darum, sie ganz neu aufzubauen und verschiedene Möglichkeiten bereitzustellen. Die Arbeitsmodelle werden zunehmend zum Wettbewerbsfaktor für die Betriebe.